

7. September 2012

www.kas.de/bukarestwww.kas.de

Rumänischer Staatspräsident bleibt im Amt

PREMIERMINISTER PONTA MACHT DIE REFORMBEMÜHUNGEN DER LETZTEN FÜNF JAHRE ZUNICHTE

Auch nach der Entscheidung des rumänischen Verfassungsgerichts, dass das Referendum zur Amtsenthebung von Staatspräsident Traian Basescu nicht gültig ist, sind die politischen Aussichten für das Land und seine weitere demokratische Entwicklung nicht klar vorhersehbar.

Im Zentrum des Konflikts zwischen Premierminister Victor Ponta (PSD) und Präsident Traian Basescu (PDL) stand nicht das Schicksal des Präsidenten, sondern die Unabhängigkeit der rumänischen Justiz und ihrer Institutionen. Der von Ponta entfachte Machtkampf hat gezeigt, dass die letzten Rückzugsorte der Demokratie heute in Rumänien die Staatsanwaltschaft und ein zerbrechliches Verfassungsgericht sind. In der kurzen Regierungszeit von Victor Ponta und seiner Regierungskoalition (USL) aus postkommunistischen Sozialdemokraten (PSD) und Nationalliberalen (PNL) wurde bewiesen, dass es keinen funktionierenden Mechanismus im Land gibt, der die Demokratie und den Rechtsstaat nach europäischem Vorbild schützt.

Nur durch die massiven Interventionen europäischer Spitzenpolitiker und Vertreter der US-Regierung wurde erreicht, dass der politische Druck auf das Verfassungsgericht durch die Regierung von Victor Ponta reduziert wurde. Die Polarisierung der rumänischen Gesellschaft ist so extrem, dass im Herbst mit einem der härtesten Wahlkämpfe in der jüngeren Geschichte Rumäniens, zwischen der USL und der PDL, zu rechnen ist.

Wiederholter Versuch zur Amtsenthebung von Traian Basescu

Für eine möglichst korrekte Einschätzung der derzeitigen Lage in Rumänien ist es notwendig, einen Blick in die Vergangenheit zu werfen, zumal die letzten fünf Jahre in der rumänischen Politik von einem unerbittlichen Konflikt zwischen den „Reformern“ und den „konservativen“ Kräften in der Gesellschaft geprägt gewesen sind. Unter dem Begriff „Reform“ und „Modernisierung des Staates“ verstehen die tragenden Kräfte des Prozesses den Rechtsstaat und die Unabhängigkeit der Justiz in einem Land, in dem 22 Jahre nach dem Zusammenbruch des Ceausescu-Regimes die sog. überparteilichen „konservativen“ Netzwerke der alten kommunistischen Partei und der gefürchteten Geheimpolizei erhalten geblieben sind und sich deren Angehörige wirtschaftliche und politische Vorteile sichern konnten. Im Schatten der politischen Eliten blieben ein resigniertes Volk, eine zerbrechliche Bürgergesellschaft und eine beeinflussbare Masse von Wählern zurück.

Der erste Versuch zur Amtsenthebung von Traian Basescu wurde bereits 2007 von einer Koalition zwischen der damaligen Regierungspartei PNL und der PSD unternommen. Anlass für den Versuch war der Beginn des Reformprozesses in der Justiz unter der damaligen Justizministerin und Bürgerrechtlerin Monica Macovei (PDL). Ein weiterer Grund war eine Rede des Präsidenten vor dem Parlament, in der er den Kommunismus als kriminell und illegal verurteilte. Der Versuch, Basescu durch ein Referendum aus

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

RUMÄNIEN

SVEN-JOACHIM IRMER

7. September 2012

www.kas.de/bukarest

www.kas.de

dem Amt zu entfernen, scheiterte. Stattdessen ging er gestärkt aus dem Referendum hervor. 75 % der Rumänen unterstützten ihn; in absoluten Ziffern konnte er, gemessen an den Präsidentschaftswahlen von 2004, eine Zunahme der Unterstützung um 1 Mio. Stimmen verzeichnen. Auch konnte die ihm nahestehende PDL den Sieg zu ihren Gunsten nutzen: Bei den Parlamentswahlen 2008 erhielt sie circa 31 % der Stimmen – 2 Parlamentarier mehr als die PSD. PDL und PSD bildeten daraufhin eine kurzlebige Große Koalition, die bereits 2009 zerbrach.

Bis Dezember 2008 spielten die rumänischen Politiker die heraufziehende Finanz- und Wirtschaftskrise herunter. Grund dafür waren die bevorstehenden Parlamentswahlen. Statt den Staatshaushalt zu konsolidieren wurden wirtschaftlich untragbare Wahlgeschenke, wie etwa phantastische Gehalts- und Rentenerhöhungen, versprochen. Der Zweck dieser Maßnahmen war die Mobilisierung der Angestellten des öffentlichen Dienstes, der Rentner und der Empfänger von Sozialleistungen, auf die die rumänischen Parteien traditionellerweise ihren Wahlkampf konzentrieren (ungefähr 10,5 Mio. Wähler). Außerhalb des Fokus der Parteien blieben die tragenden Kräfte der Gesellschaft: Unternehmer, Angestellte der Privatwirtschaft, Freiberufler, Akademiker, Studierende und – nicht unbedeutend – die ungefähr 2 Mio. Rumänen, die im Ausland arbeiten.

Im Dezember 2009 konnte Präsident Basescu mit einer knappen Mehrheit von 70.000 Wählerstimmen sein Mandat erneuern. Der Verlierer war Mircea Geoana, der damalige Vorsitzende der Sozial-demokratischen Partei.

Die Parlamentswahlen hatten kein eindeutiges Ergebnis gezeitigt, so dass Traian Basescu einen Regierungschef nach eigenem Ermessen einsetzen konnte.

Dieser zusammen gewürfelten Koalition unter Premierminister Emil Boc, die zum Teil aus Überläufern aus anderen Parteien bestand, oblag es nun der Bevölkerung, die schon seit geraumer Zeit weit über ihre

Verhältnisse lebte, die notwendigen wirtschaftlichen Maßnahmen für die Anpassung an die gewandelte Situation „aufzuzwingen“. Unter Begleitung des IMF und der EU wurden wirtschaftliche Maßnahmen von einmaliger Härte getroffen, wie etwa die Freistellung von 200.000 Angestellten des öffentlichen Dienstes, Gehaltskürzungen von 25% und die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 24%.

Präsident Basescu unterstützte diese Maßnahmen tatkräftig, übernahm die volle Verantwortung dafür und zog damit die Unzufriedenheit der Bevölkerung auf sich, konnte aber letztendlich den Rücktritt „seiner“ Regierung nicht verhindern. Ein erneuter Versuch zur Rettung der ihm nahestehenden PDL durch die Ernennung eines „unabhängigen“ Premierministers, des ehemaligen Chefs des Außennachrichtendienstes Mihai Razvan Ungureanu, scheiterte nach weniger als drei Monaten. Ein entsprechender Misstrauensantrag der USL wurde auch von mehreren Parlamentariern und Überläufern aus der damaligen Regierungskoalition unterstützt. Erneut entschieden die Überläufer über das Schicksal einer Regierung. Damit kam es zum ersten Mal in Rumänien zum Versuch einer „Kohabitation“, die sich sogleich als unmöglich erwies.

Die neue Regierungskoalition USL, die sich jetzt auf die ehemaligen Überläufer stützt, beschloss in einem Handstreich den unbequemen Präsidenten aus seinem Amt zu jagen. Bei diesem Unterfangen wurden in aller Eile etliche Reglementierungen und Gesetze übertreten und die Institutionen des demokratischen Systems angegriffen. Am 3. Juli 2012 wurden überraschend der Volksanwalt und die Vorsitzenden der beiden Kammern des Parlaments seitens der USL durch eigene Leute ersetzt. Crin Antonescu, der Vorsitzende der PNL, wurde Senatspräsident und damit zweiter Mann im Staat, später wurde er Interimspräsident. Am 4. Juli entzog die Regierung durch eine Eilverordnung dem Verfassungsgericht das Recht, Urteile über Entscheidungen des Parlaments zu treffen. Die Suspendierung des Präsidenten sollte durch einen ebensolchen Parlamentsentscheid geschehen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

RUMÄNIEN

SVEN-JOACHIM IRMER

7. September 2012

www.kas.de/bukarest

www.kas.de

Am 5. Juli wurde das Gesetz zur Organisation des Referendums durch eine Eilverordnung verändert. Die Beteiligungshürde von 50% plus eine Wählerstimme der Wahlberechtigten für die Bestätigung des Referendums wurde aufgegeben, der Präsident sollte jetzt mit einfacher Mehrheit der Wahlberechtigten entlassen werden. Der Antrag zur Amtsenthebung wurde daraufhin von der USL im Parlament gestellt. Dem Präsidenten wurden „ernsthafte verfassungswidrige Handlungen“ vorgeworfen. Antonescu mahnte das Verfassungsgericht an, binnen 24 Stunden eine konsultative „Meinung“ abzugeben. Am nächsten Tag bestätigte das Verfassungsgericht in seiner Stellungnahme keinen der sieben Vorwürfe der parlamentarischen Mehrheit. Das Verfahren ging jedoch unvermindert weiter und der Präsident wurde mit 256 Stimmen suspendiert. Das Referendum fand, begleitet vom Interesse der internationalen Politik, am 29. Juli statt.

Ein Referendum geprägt von massiven Wahlfälschungen und einem Boykott der Anhänger des suspendierten Präsidenten

Überraschenderweise gab es in der EU, die selbst mit großen Problemen zu ringen hat, aber auch in den USA, eine unerwartet heftige Reaktion auf die Vorgänge in Rumänien. Sie waren so massiv, dass die „Puttschisten“, wie sie in Rumänien von einem Teil der Presse und der Zivilgesellschaft genannt werden, zurückstecken mussten. Begründung für die heftigen Reaktionen war die Bedrohung des Rechtsstaates, die Gefährdung des pro-europäischen Kurses des Landes und die Aufgabe europäischer Werte zu Gunsten einer politischen Kaste.

Der regelmäßige Bericht der Europäischen Kommission zur Reform der Justiz in Rumänien sprach zum ersten Mal von der Gefahr, dass bisherige Reformen in der rumänischen Justiz revidiert werden könnten. Die Deutlichkeit, mit der sich europäische Spitzenpolitiker wie José Manuel Barroso, Angela Merkel, Joseph Daul, Martin Schulz, aber auch der amerikanische Botschafter in Rumänien Mark Gittenstein für den Rechtsstaat einsetzten, waren für Victor Ponta nicht vorhersehbar. Gleichzeitig wurde dies aber in der Bevölkerung sehr positiv aufgenommen.

Auf internationaler Ebene wurde das Vorgehen der Regierung Ponta nur im russischen Rundfunk begrüßt.

Das Quorum beim Referendum musste unter dem Druck der Europäischen Kommission wieder eingeführt werden. Auch musste Premierminister Ponta zu 11 Forderungen der EU zur Erhaltung des Rechtsstaates Stellung nehmen.

An dem Referendum am 29. Juli beteiligten sich nur 46% der Wahlberechtigten, während die Anhänger des Präsidenten durch den Aufruf der PDL und später des Präsidenten selbst das Referendum boykottierten, um das erforderliche Quorum zu verpassen. Allerdings sprachen sich rund 7,5 Mio. Wähler für und circa 800.000 Wähler gegen die Amtsenthebung aus. Die Regierungskoalition berief sich auf dieses Ergebnis bei ihren Bemühungen, das Referendum für gültig erklären zu lassen. Minister aus dem Kabinett von Victor Ponta unternahmen den Versuch, nachträglich die Anzahl der Wahlberechtigten zu manipulieren bzw. eine improvisierte Volkszählung anzustoßen.

Im Vorfeld des Referendums wurde von Ponta und den Organisatoren des Referendums mit allen Mitteln für eine möglichst hohe Wahlbeteiligung und eine Diffamierung des Präsidenten gekämpft. Der Premierminister lud die Presse ein, die soeben fertig sanierte Dienstvilla des Präsidenten zu besichtigen und um sich bei dieser Gelegenheit über die horrenden Kosten der Sanierung zu beschweren. Zum Abschluss der Besichtigung gab er ein Interview in der Empfangshalle und betonte dabei immer wieder in welchem Luxus der Präsident lebt, während Rentner und Beamte mit harten Einschnitten bei ihren Bezügen zu kämpfen hätten. In den Ferienorten am Schwarzen Meer wurden mobile Wahllokale eingeführt. Die Urlauber konnten direkt am Strand oder im Restaurant ihre Stimme abgeben. Besonders die privaten TV-Stationen priesen die Neuerungen bei diesem Referendum, die man der Regierung Ponta zu verdanken hätte.

Obwohl die Situation nach dem Referendum eindeutig war, konnte sich der Verfassungs-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

RUMÄNIEN

SVEN-JOACHIM IRMER

7. September 2012

www.kas.de/bukarest

www.kas.de

gerichtshof nicht zu einem Urteil durchbringen (das mit wenigstens 6 von 9 Richtern zustimmen getroffen werden muss) und verschob seine Stellungnahme ursprünglich auf Mitte September. Überraschend kam das Gericht aber bereits am 21. August zu einer Entscheidung für den Verbleib von Präsident Basescu im Amt.

In der Zeit zwischen dem Referendum und dem Urteil des Gerichts bestimmten Diskussionen über Wahllisten, Wahlberechtigte und Wahlfälschung die politische Landschaft. Gegenwärtig ermittelt die Staatsanwaltschaft in den Landkreisen mit einer überdurchschnittlich hohen Wahlbeteiligung. Momentan gibt es 500 Strafverfahren gegen verschiedene Arten von Wahlfälschung. Die Staatsanwaltschaft und die Antikorruptionsbehörde ermitteln gegen Spitzenpolitiker der PSD und der PNL, unter anderem gegen den Generalsekretär der PSD Liviu Dragnea, Kreisratsvorsitzender von Teleorman, und den Star-Bürgermeister von Constanța Radu Mazare, sowie gegen den ehemaligen liberalen Verteidigungsminister Teodor Atanasiu.

Auswirkungen der politischen Instabilität auf Wirtschaft, Gesellschaft und Politik

Der Amtsenthebungsversuch gegen Traian Basescu sollte eigentlich für niemanden eine Überraschung sein. Schon vor mehreren Monaten sprach Dan Voiculescu, die graue Eminenz der USL, von einem 60-Tage-Plan zur Entlassung von Basescu. Auch machten beide Fraktionen klar, dass eine Kohabitati-on unmöglich sei. Der sog. 60-Tage-Plan wurde nach der Machtübernahme des Premierministers skrupellos durch die USL mitgetragen und befürwortet. Anlass für den schnellen Angriff auf die Justiz könnten auch deren jüngste Erfolge sein. Beginnend mit der Verurteilung und Inhaftierung von Adrian Nastase, ehemaliger PSD-Präsident und Premierminister, Sorin Ovidiu Vantu, Medienmogul und Geschäftsmann, sowie dem bevorstehenden Urteil gegen Dan Voiculescu in einem Korruptionsprozess.

Als Folge der politischen Instabilität der letzten Monate ist die Landeswährung massiv abgewertet worden, die Reserven der

Nationalbank sind zurückgegangen und die wirtschaftliche Lage hat sich wesentlich verschlechtert. Die Wachstumsprognose für 2012 wurde reduziert, zurzeit wird mit einem Wachstum von 1,2 % gerechnet.

Ponta wollte die ehrlichste Regierung nach 1990 stellen

Seit der Amtsübernahme der Regierung Ponta musste bereits die Hälfte aller Minister zurücktreten. Die Gründe für die Verfehlungen sind unterschiedlich – Plagiatsvorwürfe, Korruption und Inkompetenz. Schwerwiegend für den kommenden Wahlkampf sind für die PSD die immer noch ungeklärten Plagiatsvorwürfe gegen Victor Ponta selbst, der Rücktritt der Organisatoren des Referendums und der Kommunalwahlen, Ioan Rus (Innenminister) und Victor Paul Dobre (Verwaltungsminister). Die aktuelle Regierung wird besonders belastet durch den Minister für die Beziehungen zum Parlament Dan Sova. Er leugnete wiederholt den Holocaust an 250.000 rumänischen Juden im 2. Weltkrieg.

Auch wenn sich die Aussichten auf einen Wahlsieg der USL bei den Parlamentswahlen im Dezember 2012 nach dem Amtsenthebungsversuch verschlechtert haben, so liegen sie nach aktuellen Wahlumfragen noch bei 61%, während die PDL bei ungefähr 16% liegt.

Ein neues Wahlbündnis unter der Führung der PDL soll die bürgerlichen Kräfte in Rumänien einigen

Die Bildung eines Wahlbündnisses zwischen den Mitte-Rechts-Parteien und Bewegungen ist unter der Führung der PDL und ihrem neuen Präsidenten Vasile Blaga immer wahrscheinlicher. Ein Wahlbündnis ist für die Opposition momentan die einzige Möglichkeit sich gegen die Übermacht der USL zu stemmen. Das Bündnis könnte zu einer Verbesserung des Ergebnisses aller Oppositionsparteien führen, ein Ergebnis von 30% scheint hier durchaus möglich zu sein. Das könnte zu einer Veränderung der politischen Landschaft führen, zumal Traian Basescu zum letzten Mal in seinem Mandat einen Premierminister ernennen wird. Sollte die

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

RUMÄNIEN

SVEN-JOACHIM IRMER

7. September 2012

www.kas.de/bukarest

www.kas.de

USL eine eindeutige Mehrheit im Parlament erreichen (so wie es die Gemeindewahlen im Frühjahr 2012 nahelegen) und zugleich den Premierminister stellen, so wird Rumänien auch nach den Parlamentswahlen im Dezember weiter im Mittelpunkt des Interesses der EU und ihrer Institutionen bleiben. Unklar bleibt auch die weitere politische Zukunft des bisherigen Premierministers Victor Ponta. Die Stimmen aus der eigenen Partei, die ihm ein Versagen im Kampf gegen Basescu vorwerfen, sind bereits jetzt vereinzelt zu vernehmen und dürften bis zu den Parlamentswahlen nicht leiser werden.

Die Bevölkerung ist das Opfer des politischen Kampfes

Die politischen Auseinandersetzungen und der Angriff auf die Justiz in der Regierungszeit von Premierminister Ponta haben das Land nachhaltig erschüttert und sein internationales Ansehen beschädigt. Die Bevölkerung und besonders die junge Generation fühlt sich in ihrer Haltung bestätigt, dass Politik in Rumänien nicht den Menschen und dem Land dient, sondern den eigenen wirtschaftlichen Interessen der Volksvertreter und ihrem engsten Umfeld. Die Politik- und Politikerverdrossenheit hat in den letzten Monaten bei den Menschen zugenommen. Die EU hingegen hat unter den jungen Menschen an Ansehen gewonnen. Für viele Rumänen bleibt die Hoffnung, dass sie sich auch zukünftig einmischt, wenn der Rechtsstaat in Rumänien bedroht wird.